

das derzeit umfangreichste Seerechtswerk sein. Ein Dokumentenanhang mit dem Text des Seerechtsübereinkommens von 1992 und einer Artikelliste sowie einem sehr sorgfältigen Stichwortverzeichnis und einer nach Einzelthemen gegliederten Bibliographie, die alle wichtigen Sprachräume abdeckt, machen das Werk zudem sehr benutzerfreundlich.

Uwe Jenisch

Malgosia Fitzmaurice

International Legal Problems of the Environmental Protection of the Baltic Sea

Martinus Nijhoff / Graham & Trotman, Dordrecht / Boston / London, 1992, XXIX, 313 pp., £ 76.00

Dieses Buch ist die erste Gesamtdarstellung der Umweltschutzvorschriften für die Ostsee, die sich aus mehreren bilateralen und multilateralen Übereinkommen, darunter herausragend dem Helsinki-Übereinkommen, zusammensetzen. Angesichts der nahezu trostlosen Umweltsituation in einigen osteuropäischen Ostseestaaten, die über Flüsse, direkte Einleitungen und den Lufttransport die Ostsee stark verschmutzen, versteht sich dieses Buch zugleich als Beitrag zur "Reinigung" Osteuropas. Die vergleichsweise hochentwickelten Übereinkommen zum Meeresumweltschutz der Ostsee bieten einen Rahmen für die partnerschaftliche Umweltzusammenarbeit aller Ostseestaaten.

In einem einleitenden Kapitel wird die Ostsee nicht nur in ihren geographischen und physikalischen Besonderheiten, sondern als "Maritime Region" vorgestellt. Die Verfasserin bietet hier einen interessanten Exkurs über "marinen Regionalismus", der sich in der Ostsee nicht nur anhand natürlicher Fakten, sondern mehr noch am gemeinsamen Umwelt- und Fischereiinteresse der Anliegerstaaten, an Rechtsbegriffen wie dem Status der halbgeschlossenen Meere und an der wachsenden Einflußnahme der EG auf die Ostseeregion nachweisen läßt. Trotz dieser Vielzahl von Gemeinsamkeiten fehlen leider starke gemeinsame politische Institutionen, und der Unterschied in der wirtschaftlichen Entwicklung beeinträchtigt die Zusammenarbeit zusätzlich.

Das einzigartige Ökosystem der Ostsee, das sich aus dem Zusammenwirken von Geographie, natürlichen und zunehmend anthropogenen Ursachen zusammenfügt, ist Gegenstand eines zweiten Kapitels. In der Darstellung der verschiedenen Verschmutzungsursachen, der Einleitungswege und der Auswirkungen fehlt leider der Hinweis auf den Atomunfall von Tschernobyl, den die Helsinki-Kommission in einem Bericht gesondert analysiert hat.

Der Hauptteil des Buches, die Kapitel 4 und 5 (Seiten 47-149), ist dem Helsinki-Übereinkommen über den Schutz der Ostsee gewidmet. Der räumlich-inhaltlich weit gezogene Anwendungsbereich der Konvention, der institutionelle Rahmen der verschiedenen Ausschüsse und die Verfahrensregeln für die unterschiedlichen Verschmutzungsarten werden

im einzelnen vorgestellt. Zu den völkerrechtlich hochinteressanten Ergebnissen dieses Teils gehört der durchgängige Abgleich des Helsinki-Übereinkommens mit den teilweise ebenfalls für die Ostsee geltenden anderen Konventionen, wie z.B. des Paris-Übereinkommens (für landabhängige Verschmutzung), des London-Übereinkommens (über die Abfallversenkung), des MARPOL-Übereinkommens (für die Meeresverschmutzung durch Schiffe) und des UN-Seerechts-Übereinkommens 1982. Die unterschiedlichen Definitionen, Durchsetzungsmechanismen und Bindungswirkungen dieser Übereinkommen sind für die Praxis des Umweltschutzes in der Ostsee außerordentlich wichtig. Zur Vereinfachung und zur Rechtsklarheit trägt bei, daß technische Annexe des MARPOL-Übereinkommens in das Helsinki-Übereinkommen übernommen werden konnten. Lobende Erwähnung verdient außerdem die vergleichende Darstellung der Rechtsnatur der Entscheidungen, Empfehlungen und Verfahrensregelungen des Helsinki-Übereinkommens.

Bedauerlich, aber aus redaktionellen Gründen entschuldbar ist die Tatsache, daß die 1992 völkerrechtlich vereinbarte Revision des Helsinki-Übereinkommens nur sehr kurz (Seite 93 f.) angesprochen werden konnte.

Die nunmehr 20jährigen praktischen Erfahrungen des Helsinki-Übereinkommens greift die Verfasserin in Kapitel 4 unter den Stichworten wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit, Monitoring-Programm, Forschungsregime, Schiffsverschmutzung, Special-Area-Status, MARPOL-Regeln, Ostseerklärung der Umweltminister (1988) im Detail auf und gibt ein Bild der Verwaltungszusammenarbeit, die sich namentlich in den letzten Jahren rascher und positiver entwickelt hat, als weithin bekannt ist.

Außerhalb der direkt betroffenen Fachleute dürfte ebenfalls unbekannt sein, daß und wie andere staatliche und private Organisationen, andere völkerrechtliche Abkommen und Nachbarschaftsverträge sich zugunsten des Umweltschutzes in der Ostsee auswirken. Kapitel 5 analysiert hierzu u.a. die Rolle des Internationalen Rates für Meeresforschung ICES, des Hafenstaat-Memorandums, der Nordischen Zusammenarbeit sowie privater Wissenschaftsorganisationen und Greenpeace.

Es folgt in Kapitel 6 und 7 eine länderweise Darstellung der geltenden nationalen Rechtsvorschriften in Dänemark, Finnland, Deutschland, Polen, Schweden und Rußland/UdSSR, wobei die drei neuen baltischen Staaten naturgemäß "terra incognita" bleiben müssen. Von Bedeutung ist schließlich das System von EG-Richtlinien und Verordnungen zum Gewässerschutz, das nicht zuletzt wegen des zu erwartenden EG-Beitritts der skandinavischen Staaten im Ostseeraum an Einfluß gewinnt.

Obwohl sich zusammenfassend ein eindrucksvolles, hochentwickeltes regionales Umweltschutzsystem für die Ostsee ergibt, bleibt die Verfasserin in ihrer abschließenden Beurteilung zu Recht skeptisch. Die Umsetzung der Helsinki-Empfehlungen liegt nach wie vor bei den Staaten. Es gibt keinerlei zentrale Exekutive. Das System funktioniert also nur bei gutem Willen und bei wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit. Insofern wird es auch nur bei einer erfolgreichen wirtschaftlichen Entwicklung in den östlichen Ostseestaaten zu einer Umkehr des insgesamt beängstigenden Verschmutzungstrends kommen können.

Das Werk ist trotz kleiner Unzulänglichkeiten eine bisher einmalige Verdichtung aller Kenntnisse über die Regelungen des Ostseeschutzes. Hierzu tragen mehrere Anhänge mit den Texten der Helsinki-Konvention, der wichtigsten Empfehlungen und politischen Erklärungen sowie eine Ostsee-Bibliographie und ein Stichwortverzeichnis bei. Das Werk hat exemplarische Bedeutung für viele andere regionale Meere, deren Umweltschutzregelung erst am Anfang steht.

Uwe Jenisch

Horst Michael Pelikahn

Internationale Rohstoffabkommen

Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden, 1990, 746 S., DM 189,-

Bei den internationalen Rohstoffabkommen hinterläßt ein erster Überblick über ihre instrumentellen, institutionellen und materiell-rechtlichen Strukturmerkmale das Bild einer heterogenen Vielfalt. Auch die Betrachtung der Funktionalität und Effektivität dieser Abkommen bietet eher den Eindruck wirtschaftspolitisch divergenter Konzeptionen. In einer breit angelegten Untersuchung hat es Pelikahn unternommen, aufgrund einer horizontalen produktspezifischen Vergleichung der wirtschaftspolitischen Problematik, der instrumentalen Lösungsansätze und ihrer rechtlichen Ausgestaltung gemeinsame Aspekte aller zwischenstaatlichen Rohstoffabkommen herauszudestillieren.

Nach einer Darstellung der ökonomischen Bedingungen und Mechanismen der Rohstoffpolitik, ihrer Entwicklungstendenzen im internationalen Bereich, ihrer Einbettung in die Regeln des allgemeinen, durch das GATT grundlegend strukturierten Welthandelssystems folgt eine vergleichende Zusammenschau der charakteristischen Mechanismen, Regelungsstrukturen und typischen Problemkreise: Ausgleichslager, Quotensysteme, Liefer- und Abnahmeverpflichtungen, Preisfestlegung, Versorgungssicherung, Diversifikation, Werbung, Subventionierung, Produktionspolitik, aber auch der Zusammenhang mit den "fair labour standards". Das Bild wird abgerundet durch die Darstellung des gemeinsamen Rohstoff-Fonds und des Tiefseebergbau-Regimes nach der UN-Seerechtskonvention.

Die spezifisch rechtlichen Aspekte der Untersuchung erfassen institutionell-organisationsrechtliche, völker- und nationalrechtliche Probleme des materiellen und des Verfahrens-Rechts sowie Rechtsschutzprobleme. Hinsichtlich der Haftung, welche insbesondere beim Zusammenbruch des internationalen Zinnrats, dem eine Fallstudie gewidmet wird, bedeutsam wurde, lehnt der Autor eine generelle völkerrechtliche Sekundärhaftung der Mitgliedstaaten ab. Hinsichtlich der Immunität der internationalen Rohstoffabkommen nimmt er mit der wohl herrschenden Auffassung eine weitgehende Immunität im Sitzstaat unter der